

Gemeinsamer Appell der ostdeutschen Landesverbände von Mehr Demokratie

Damit die repräsentative Demokratie repräsentativ und handlungsfähig bleibt: Ein Plädoyer für die Absenkung der Sperrklausel

19.06.2025

In den ostdeutschen Bundesländern ist der Wandel des Parlamentarismus schon seit Jahren zu beobachten. Die Parteien der Mitte verlieren teilweise dramatisch an Zustimmung, die Linke vorerst ihre integrative Kraft. Die rechtsextreme AfD kann mittlerweile bis zu einem Drittel der Wählerschaft hinter sich versammeln. Das neu gegründete BSW scheint sich in den ostdeutschen Bundesländern und nur hier zu etablieren.

Im Osten scheinen Wahlpräferenzen vielfältiger und weniger festgelegt zu sein. Diese Vielfalt sollte sich auch in den Landtagen abbilden können. Dem steht die bisher sakrosankte Sperrklausel, also die 5-Prozent-Hürde, die Parteien überspringen müssen, um in die Landtage einziehen zu können, im Weg. Bei den vergangenen Landtagswahlen scheiterten viele Parteien an der Hürde. Viele Wählerinnen und Wähler sind damit nicht repräsentiert. Die Sperrklausel sollte gesenkt werden! Wir schlagen eine Absenkung auf 3 Prozent vor.

Bisher wurde die Hürde stets damit begründet, dass sie für stabile Mehrheiten in den Parlamenten Sorge. Ein zu stark zersplittertes Parlament würde die Regierungsbildung erschweren. Der Blick auf die vergangenen Landtagswahlen in Ostdeutschland zeigt, dass dieses Argument überholt ist. Im Gegenteil: Die Hürde könnte zur Destabilisierung beitragen. In Brandenburg schied durch sie gleich drei Parteien aus dem Landtag aus. Übrig blieben vier Parteien und eine einzige Koalitionsoption, bestehend aus SPD und BSW. Die AfD besitzt zudem nun eine Sperrminorität, zu der es mit dem Einzug einer der ausgeschiedenen Parteien nicht gekommen wäre. In Sachsen konnte dieses Szenario durch den knappen Einzug der Grünen sowie der Linken über die Grundmandatsklausel verhindert werden. Nach den Koalitionsverhandlungen reichte es dennoch nur für eine Minderheitsregierung aus CDU und SPD. In Thüringen schafften es die Grünen mit 3,1 Prozent nicht. Mit einer abgesenkten Hürde wären sie eingezogen. Die Koalition aus CDU, BSW, und SPD besitzen ebenfalls keine Mehrheit. Um Gesetze durchzubringen, muss die Koalition mit der Linken zusammenarbeiten. Die einzige Partei, der voll und ganz die Oppositionsrolle zukommt, ist die AfD.

Im kommenden Jahr wird in zwei weiteren – mit Berlin drei – ostdeutschen Bundesländern gewählt. Nach aktuellen Umfragen könnten Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ein ähnliches Schicksal ereilen wie Brandenburg. Grüne, Linke und FDP könnten in beiden Bundesländern den Wiedereinzug verpassen. Es bliebe ein Landtag mit vier Parteien, die AfD würde eine Sperrminorität erlangen und es bliebe nur eine Koalitionsvariante übrig. Eine abgesenkte Hürde auf 3 Prozent würde es wahrscheinlicher machen, dass die Landtage in den beiden Bundesländern pluralistischer aufgestellt sind, die AfD nicht allein die Oppositionsrolle innehätte und auch keine Sperrminorität bekäme. Mehr Parteien in den Landtagen könnten zudem dafür sorgen, dass nicht nur eine Koalitionsvariante übrigbliebe.

Jetzt wäre noch gut ein Jahr Zeit, um das zu ändern und die Sperrklausel in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern rechtzeitig vor den Landtagswahlen abzusenken. Sachsen, Thüringen und Brandenburg können sich mehr Zeit lassen, sollten aber ebenso bald ihr Landtagswahlrecht reformieren und die Sperrklausel senken.

Mit jeder Partei, die an der Hürde scheitert, fallen tausende Stimmen unter den Tisch. Das sind viele Wählerinnen und Wähler, die nicht in den Landtagen vertreten sind. In Brandenburg waren es zuletzt 214.000 Menschen und damit 14,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Eine Demokratie, die immer stärker durch Vertrauensverluste unter Druck gerät, kann sich so etwas nicht leisten. Wir schlagen zusätzlich zur Absenkung der Hürde eine Ersatzstimme vor. Das würde bedeuten, dass auch diejenigen, deren Stimmen aufgrund der Hürde unberücksichtigt blieben, trotzdem eine Vertretung in den Landtagen hätten. Sie könnten zusätzlich zur Zweitstimme eine Partei wählen, an die ihre Stimme geht, falls die eigentlich gewählte Partei unterhalb der Hürde bleibt. So sähen sich die Wählerinnen und Wähler kleinerer Parteien - und davon wird es perspektivisch mehr geben - nicht mehr vor dem Dilemma, taktisch wählen zu müssen. Sie könnten nach ihren inhaltlichen Präferenzen entscheiden, ohne Angst haben zu müssen, dass ihre Stimme verloren ist. So sollte es in einer Demokratie sein!

Jetzt ist die Zeit, die Sperrklausel zu senken! Wir appellieren an alle demokratischen Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen, Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen, damit die repräsentative Demokratie repräsentativ bleibt, Vielfalt abbildet und ihre Stabilität gesichert wird.

Kontakt

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher Mehr Demokratie e. V.
Tel. 0172 796 29 82

Oliver Wiedmann,
Leiter Hauptstadtbüro,
Mehr Demokratie e. V.,
Tel. 0163 191 42 07